

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Laura Weber

Abg. Werner Stieglitz

Abg. Andreas Winhart

Abg. Stefan Frühbeißer

Abg. Dr. Simone Strohmayr

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 25** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes**

**hier: Mittagsverpflegung an Grund- und Förderschulen: beitragsfrei, nachhaltig und gesund (Drs. 19/7776)**

**- Zweite Lesung -**

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Laura Weber, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Laura Weber (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mit unserem Gesetzentwurf zum nachhaltigen, beitragsfreien und gesunden Mittagessen für alle Kinder wollen wir dem Ziel "gleichwertige Lebensbedingungen für alle in Bayern" nachkommen. Wir haben heute schon einmal gehört: Das steht in Artikel 3 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung und ist deswegen wahrscheinlich im Sinne von uns allen.

Mit unserem Gesetzentwurf können wir zu diesem Ziel beitragen. Mit dem Anspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 sehen wir auch eine Riesenchance, auf das Mittagessen für alle Einfluss zu nehmen und die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Das ist eine riesige Chance für mehr Gesundheit, mehr Zusammensein, für unsere Unterstützung unserer regionalen, nachhaltigen Landwirtschaft und eben für mehr Chancengleichheit.

Mittlerweile sind 15 % unserer Kinder entweder übergewichtig oder adipös. Die Zahl hat sich seit den Neunzigerjahren verdoppelt. Auch ökonomisch ist Gesundheitsvorsorge, also Prävention, ganz, ganz entscheidend. Das heißt, wir müssen für das Mittagessen klare Standards schaffen. Dieser Gesetzentwurf kann hier helfen.

Problem in Bayern ist das zersplitterte System. Der Staat gibt die Empfehlungen, die Kommunen stellen die Räume zur Verfügung, die Schule organisiert, und am Ende müssen die Eltern zahlen. Das klingt vielleicht ganz logisch, aber das Problem ist, dass das zu Ungleichheit führt. Dort, wo viel Geld im System oder bei den Eltern ist, ist auch die Qualität des Schulessens besonders hoch. Das ist ungerecht.

Ich freue mich auch, dass sehr viele, zum Beispiel auch Klaus Holetschek, dem, was wir fordern, fast genauso zugestimmt haben. Er hat beim Kindergesundheitsgipfel der CSU im September gesagt:

"Kindergesundheit ist aktive Zukunftsvorsorge. Mit jedem Cent, den wir heute in gesunde Lebensbedingungen unserer Kinder investieren, schaffen wir die Basis für eine starke und widerstandsfähige Gesellschaft von morgen. [...] Deshalb brauchen wir einen grundlegenden Paradigmenwechsel: [...]"

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau diesen Paradigmenwechsel fordern wir mit unserem Gesetzentwurf.

Auch die Landwirtschaftsministerin Frau Kaniber hat eine bayerische Ernährungsstudie in Auftrag gegeben, die das und vor allem auch die DGE-Standards sowie vieles mehr empfiehlt. In der Kinderkommission im Bayerischen Landtag haben wir uns über dieses Thema unterhalten und das für gut empfunden. Auf Bundesebene gibt es den Bürgerrat "Ernährung im Wandel", der den Hebel sehr stark hervorgehoben hat. Auch die Landfrauen in Bayern und auf Bundesebene – sprechen Sie einmal mit den Landfrauen – halten das für eine gute Idee, die verfolgt werden muss. In Finnland

und Schweden wurde das schon gemacht, und alle, alle Vorhersagen haben sich im positiven Sinne erfüllt.

Lasst uns das deswegen nicht nur heiße Luft sein, die vor allem auch vonseiten der CSU kommt, sondern lasst uns hier wirklich vorangehen. Es geht darum, ein gesundes und nachhaltiges Mittagessen für alle Kinder bereitzustellen und dies im Zuge des ab dem nächsten Jahr verpflichtenden Anspruchs auf Ganztagsbetreuung zu bewerkstelligen. Die Gesundheit unserer Kinder sollte uns das Geld wert sein.

Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf. Vielen, vielen herzlichen Dank. Schauen Sie sich bitte noch einmal den Haushalt an. In allen Positionen in Richtung Ernährungsbildung und Ernährung wurde gekürzt. Das ist genau das Gegenteil dessen, was zum Beispiel auch Klaus Holetschek gesagt hat. Schauen Sie sich das noch einmal an, und investieren Sie in die Gesundheit unserer Kinder. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Werner Stieglitz. Sie haben das Wort.

**Werner Stieglitz (CSU):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Wir sprechen heute in Zweiter Lesung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes, konkret zur Einführung eines beitragsfreien Mittagessens an Grund- und Förderschulen.

Zunächst möchte ich betonen: Uns allen liegt eine gute, gesunde und kindgerechte Ernährung am Herzen. Natürlich ist die Mittagsverpflegung ein wichtiger Bestandteil eines gelungenen Ganztagsangebotes – daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Ein guter Ansatz macht aber noch kein gutes Gesetz. Genau deshalb müssen wir diesen Gesetzentwurf heute erneut ablehnen, so wie das bereits der Haushaltsausschuss,

der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration getan haben. Gute Schulverpflegung: Ja, aber Zwangssysteme und überbordende Bürokratie: Nein.

Wir in Bayern verfolgen seit vielen Jahren erfolgreich eine klare Strategie: Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht. Seit über 15 Jahren unterstützen die Vernetzungsstellen Schulverpflegung unsere Schulen bei der Einführung hochwertiger Verpflegungskonzepte auf Basis der DGE-Standards, aber ohne verpflichtende bürokratische Einengung. Dieses System hat sich bewährt. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN möchte jedoch eine starre Verpflichtung einführen: 50 % Biolebensmittel, davon 30 % bioregional, strikte, nachweisbare DGE-Standards – und das alles unter staatlicher Kostenerstattung. Auf dem Papier klingt das vorbildlich, würde aber in der Praxis zu erheblichen Problemen führen.

Wir wissen aus Rückmeldungen: Nicht jeder Lieferant kann diese Vorgaben erfüllen, und manche Kommunen müssen sich sogar von langjährigen bewährten Akteuren verabschieden. Die Gefahr, dass Schulen plötzlich ohne Anbieter dastehen, ist real. Gleichzeitig entstünde ein intensives Zertifizierungs- und Kontrollsystem inklusive Nachweisen über Bio- und Regionalanteil. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Bürokratie pur. Genau das wurde auch im Haushaltsausschuss klar herausgestellt. Der Freistaat trägt außerdem schon heute Verantwortung, zielgerichtet und auch sozial.

Ein Satz in diesem Gesetzentwurf klingt nach sozialpolitischer Sensation. Künftig sollen nicht mehr die Eltern für den Essenspreis aufkommen. Das ist aber im Kern bereits heute Realität für Familien, die Unterstützung brauchen; denn die Kosten für das gemeinschaftliche Mittagessen werden bei Bedarf über das Bildungs- und Teilhabepaket oder über die wirtschaftliche Jugendhilfe bereits vollständig übernommen. Das haben wir mehrfach klargestellt, und das gilt auch weiterhin.

Der Gesetzentwurf löst also keine bestehenden Probleme, sondern schafft lediglich ein neues staatliches Vollfinanzierungsmodell unabhängig vom Bedarf.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Damit sind wir beim nächsten Punkt, nämlich der Kostenfrage. Der vorliegende Gesetzentwurf würde den Freistaat in eine vollumfängliche Konnexitätspflicht bringen, das heißt, für jede Mahlzeit an jeder Grund- und Förderschule müsste der Freistaat zahlen. Die GRÜNEN setzen dafür einen Pauschalbetrag von 5 Euro pro Essen an. Doch die Berechnungsgrundlage stammt aus der KuPS-Studie von 2019, also vor Inflation, Preissteigerungen und vor dem Ganztagsrechtsanspruch ab 2026/2027, der zu deutlich steigenden Schülerzahlen führen wird. Mit anderen Worten: Die Kostangaben sind unrealistisch niedrig. In den Beratungen wurde deutlich, dass die tatsächlichen Kosten deutlich höher lägen und der Haushalt dafür keinen Spielraum bietet, auch angesichts der bestehenden Belastungen und der Herausforderungen, die wir in der Zukunft haben werden. Mit der Annahme des Gesetzentwurfs würden wir also finanzielle Verpflichtungen begründen, die auf schwankenden Annahmen beruhen und die den Landeshaushalt auf Jahre hinaus massiv belasten würden. Genau darauf weist auch der Haushaltsausschuss in seinem Bericht deutlich hin.

Hinzu kommt: Der Entwurf ignoriert wesentliche Bereiche vollständig. Die Horte, die ab 2026/2027 ebenfalls den Ganztagsanspruch erfüllen sollen, werden gar nicht berücksichtigt. Private Schulträger, die ein wichtiger Teil unserer Bildungslandschaft sind, sucht man in dem Entwurf vergeblich. Ein Gesetz, das wesentliche Teile der Realität ausklammert, ist nicht vollständig und damit nicht tragfähig.

Unser System funktioniert. Es ist ein gutes System, das sich bewährt hat, weil es flexibel ist. Es trägt den jeweiligen Bedürfnissen der Kommunen, der Schulen, der Elternbeiräte und der freien Träger Rechnung. Diese entwickeln gemeinsam passgenaue Lösungen. Genau dieses System, das kommunale und schulische Gestaltungsfreiheit ermöglicht, wollen die GRÜNEN durch ein starres, landesweites System ersetzen. Das lehnen wir ab – nicht aus Prinzip, sondern aus Erfahrung. Denn: Vielfalt ist eine Stärke, keine Schwäche.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine gesunde, hochwertige Schulverpflegung ist uns genauso wichtig wie Ihnen. Jeden Tag wird daran gearbeitet, die Qualität weiter zu verbessern. Dieser Gesetzentwurf bewirkt aber keine Verbesserung, sondern bedeutet ein finanzielles Risiko für den Staat. Ein solches Gesetz wäre ein Bürokratiemonster für Schulen und Kommunen, ein Eingriff in bewährte, lokale Strukturen. Der Entwurf ist ein unvollständiger Ansatz, der wichtige Bereiche außen vor lässt.

Liebe Frau Weber, Sie haben unseren Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek und die Staatsministerin Frau Kaniber zitiert. Ja, sie wollen gute Ernährung, und wir wollen gute Ernährung. Aber wir wollen auch funktionierende Abläufe. Wir fördern gesundes Essen seit über 15 Jahren erfolgreich, aber ohne ausufernde Bürokratie.

Die Ausschussberatungen waren eindeutig. Deshalb bleibt es für uns klar: Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Kollege, es liegt die Meldung für eine Zwischenbemerkung vor. Dazu hat Frau Abgeordnete Laura Weber, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

**Laura Weber (GRÜNE):** Sehr geehrter Kollege Stieglitz, eine Frage in Richtung Haushalt: Wir haben Ihre Beteuerungen gehört, dass es wichtig ist, die Vielfalt zu erhalten und zu fördern. Auch Sie sagen, dass Kinder gesundes Essen bekommen sollen bzw. dass sie überhaupt gesund bleiben sollen. Nun ist, wie gesagt, im Haushalt bei allen Posten gekürzt worden, zum Beispiel beim EU-Schulobst-Programm, bei der Förderung der ökologischen Landwirtschaft, bei der Förderung gesunder Ernährung, bei den Verwaltungsausgaben, bei der Verbraucheraufklärung und beim Kompetenzzentrum Hauswirtschaft. Wie erklären Sie das bzw. wie rechtfertigen Sie das?

**Werner Stieglitz (CSU):** Schön, dass Sie auch das EU-Schulobst-Programm ansprechen. Das sind ja EU-Fördergelder.

(Laura Weber (GRÜNE): Nicht nur!)

– Nicht nur, aber die EU hat auch gekürzt. Wir als Freistaat Bayern haben das vielfach ausgeglichen.

Dadurch, dass das Schulobst-Programm verstärkt genutzt wird und die Mittel von der EU weniger werden, verteilt es sich anders, und es gibt für einige Bereiche weniger. Es ist ohnehin nicht als Vollversorgungsprogramm gedacht, sondern es geht auch darum, den Kindern den richtigen Umgang mit Lebensmitteln beizubringen.

Unsere Kritik an Ihrem Gesetzentwurf ist nicht nur fachlicher Natur. Die Umsetzung wäre einfach zu teuer und zu bürokratisch. Ihr Entwurf ist unvollständig – ganz einfach.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart. Er spricht für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Sie haben das Wort.

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Meiner Meinung nach hätte es ein Antrag zu diesem Thema auch getan. Aber es musste anscheinend gleich ein Gesetzentwurf sein. Jetzt haben wir nach der Ersten Lesung und der Ausschussberatung auch noch die Zweite Lesung, obwohl sich die meisten einig sind, dass wir ein solches Gesetz nicht haben wollen.

(Zuruf von den GRÜNEN)



Frau Weber, was haben Sie gesagt: "... auf das Mittagessen für alle Einfluss zu nehmen." Welche Regulierungswut, welche Vorschriftenwut muss man eigentlich haben, um einen solchen Satz von sich zu geben? Anscheinend wollen Sie in Zukunft bis zum Esstisch durchregieren, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das geht einfach zu weit. Lasst doch den Leuten wenigstens die Freiheit, dass bei ihnen das auf den Tisch kommt, was möglich ist und was den Leuten schmeckt. Wie hat es die Menschheit eigentlich über Jahrmillionen hinweg geschafft, sich zu ernähren, ohne irgendwelche Ernährungstipps von Ihrer Fraktion bekommen zu haben? Das frage ich mich schon die ganze Zeit.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben in diesem Land wirklich andere Probleme, als Kindergärten oder Schulen vorzuschreiben, was es in der Mittagspause zu essen geben soll.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Lesen bildet! – Weiterer Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben den Gesetzentwurf nicht gelesen!)

Sie sollen darüber meiner Meinung nach vollkommen frei entscheiden können. Wir können ihnen nicht alles bis ins kleinste Detail vorschreiben. Ihr Gesetzentwurf geht ja so weit, dass die Kinder an der Gestaltung der Räumlichkeiten mitwirken sollen. Meine Damen und Herren, wo kommen wir denn da hin? Irgendwann reicht es. Lasst doch die Erzieherinnen und Erzieher ihren Job machen! Ich bin mir sicher – das weiß ich aus eigener Erfahrung und aus Gesprächen mit vielen Leuten –, dass sie sich Gedanken machen, auch über die Kinder, die es ein bisschen schwerer haben und bei denen es vielleicht das eine oder andere Ernährungsproblem gibt. Die Erzieherinnen und Erzieher machen sich Gedanken über ausgewogene Ernährung. Sie wollen, dass es den Kindern schmeckt und dass es ihnen in der Kindertagesstätte gut geht, auch in der Nachmittagsbetreuung. Sie wollen, dass sie sich dort wohlfühlen. Vielleicht wird

der Essensraum in der Gruppenarbeit gestaltet. Das passiert doch alles landauf, landab. Ich sehe einen Nutzen aus diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht, nicht einmal ansatzweise, meine Damen und Herren.

Es wird schwierig, wenn wir einen solchen Anspruch haben. Was machen wir mit einem Kind, dessen Eltern sagen: "Mein Kind ernährt sich zuckerfrei"? Ein anderes Elternpaar sagt vielleicht: "Unser Kind soll sich halal ernähren." Andere Eltern fordern vegane oder vegetarische Ernährung. Dann gibt es das Problem mit der Glutenfreiheit. Die einen wollen Biolebensmittel, die anderen Ökolebensmittel. Dann soll auch alles aus der Region kommen. Wenn es nach den GRÜNEN geht, soll natürlich auch alles kostenfrei sein. Ich weiß nicht, in welcher Welt Sie leben, meine Damen und Herren.

Ganz oft sind die Eltern einfach froh, wenn die Kinder in der Schule schon etwas bekommen. Denen ist zwar nicht egal, was auf den Tisch kommt; das ist auch klar. Aber die Erzieherinnen und die sonstigen Verantwortlichen sorgen bereits regelmäßig dafür, dass das Essensangebot abwechslungsreich ist.

So, wie Sie es hier darstellen – dass es nur fette, süße und salzige Sachen gäbe –, ist es einfach nicht. Sie erwähnen in Ihrem Gesetzentwurf Kartoffeln und Fisch. Fischstäbchen und Pommes sind ab und zu dabei.

(Laura Weber (GRÜNE): Es stimmt nicht, was Sie sagen!)

– Das steht doch eindeutig drin. Lesen Sie doch Ihren eigenen Gesetzentwurf, Frau Weber!

(Heiterkeit bei der AfD)

Dann geben Sie noch an, dass das Thünen-Institut das Ganze festgestellt habe. Ich habe aus dem zweiten Absatz Ihrer Problembeschreibung zitiert. Einfach mal selbst lesen, was man den Kollegen hier für eine Debatte zumutet!

Dann geht es weiter. Sie führen noch eine Studie an: zu wenig Obst, zu wenig Gemüse, zu wenig Vollkornprodukte, zu viel Fleisch, zu viele Süßigkeiten.

Meine Damen und Herren, ganz ehrlich: Wenn sie es nicht in der Kita oder der Schule machen, dann machen sie es halt zu Hause. Sie werden nicht komplett, bis zum Esstisch, durchregieren können. Verabschieden Sie sich von diesem Gedanken! Nein, es braucht hier Freiheit. Die Eltern können über den Elternbeirat mitbestimmen. Die Schulleitung kann das bestimmen. Das können auch und vor allem die Kantinen, die das Ganze betreiben, bestimmen. Abgestimmt wird letztlich dadurch, dass es die Kinder essen – oder eben nicht. Wenn es den Kindern nicht schmeckt, dann bringt das alles ohnehin nichts.

Lassen Sie den Leuten also ihre Freiheit, und hören Sie auf mit Ihrer Regulierungswut!

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Stefan Frühbeißer. Er spricht für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Sehr verehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorneweg eine Anmerkung: Frau Kollegin Weber, Sie haben behauptet, dass in allen Bereichen des Haushalts gekürzt worden sei. Ein kleiner Hinweis: Ich weiß nicht, was Sie für einen Haushaltsentwurf haben, aber unser Haushaltsentwurf für 2026/2027 sieht im Einzelplan 05 – Unterricht und Kultus – eine Mehrung um 6 % vor. Das sind im ersten Jahr über 1 Milliarde Euro, und im zweiten Jahr kommen weitere 4 % obendrauf. Der gemeine Franke würde sagen: Erzählen Sie doch nicht so einen Schmarrn!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber nun zur Sache! Wir sind mittlerweile in der Zweiten Lesung. Seit der Ersten Lesung, der Beratung im Haushaltsausschuss und der Anhörung im Sommer haben

sich keine wesentlichen Änderungen der Begründung ergeben. Im Grunde haben Sie in Ihren Gesetzentwurf drei Punkte aufgenommen. Erstens wollen Sie verbindlich vorschreiben, dass Nahrungsmittel verwendet werden, die gewissen Standards entsprechen. Zweitens steht in Ihrem Gesetzentwurf, dass die Nahrungsmittel zu 50 % aus ökologischem Anbau stammen müssen; das soll also verpflichtend sein. Drittens soll laut Ihrem Gesetzentwurf der Freistaat Bayern die Kosten dafür komplett übernehmen. Der Freistaat Bayern ist gleich der Steuerzahler. Sprich: Der Steuerzahler soll die Kosten übernehmen.

Nun zu unserer Argumentation, warum wir diesen Gesetzentwurf ablehnen. Hierzu nenne ich drei Punkte: Erstens. Sie fordern eine verbindliche Regelung, die wieder Bürokratie bedeutet, die letztendlich von der Materie her mehr Aufwand bedeutet und in der praktischen Umsetzung die Caterer, die Sachaufwandsträger und vor allen Dingen auch die Verantwortlichen in den Schulen vor große Herausforderungen stellt. In der Anhörung wurde bereits erwähnt, dass die Schulen vor Ort schon größte Probleme haben, überhaupt in Ausschreibungen Caterer zu bekommen, dass das extrem schwierig ist. Das heißt, wenn man ihnen verbindlich per Gesetz vorschreiben würde, gewisse Standards noch zusätzlich einzuhalten, würde die Anzahl der möglichen Caterer mit Sicherheit nicht größer werden.

Zweitens. Wenn man dann aber auch noch ein Mindestmaß von 50 % an biologischen Anbauprodukten fordert, dann muss man sich der Realität stellen; denn das ist in der Regel – und das haben wir in der Anhörung auch entsprechend gehört – gar nicht umsetzbar. Sehr viele Sachaufwandsträger schaffen es in der Kooperation mit den Schulen vor Ort, mit den Caterern vor Ort schon jetzt nicht, die Standards oder die Anforderungen, die bisher weitaus niedriger liegen, auch entsprechend umzusetzen. Ich glaube, wir sollten diesen Damen und Herren, die sich massiv für gesunde Ernährung einsetzen, die vor Ort das Ganze schon nach besten Möglichkeiten und bestem Gewissen regeln, die Aufgabe nicht noch zusätzlich schwerer machen, sie nicht unter Druck setzen, indem wir gesetzlichen Vorgaben schaffen, bestimmte Anforderungen

zu erfüllen, und sie damit natürlich in eine gewisse Verantwortung und Haftung bringen.

Drittens. Jetzt komme ich zu dem Punkt, der schließlich auch mitentscheidend ist, die Kostenfrage. Letztendlich muss man sagen: Die Eltern, denen Sie diese Lasten abnehmen wollen, sind unterhaltspflichtig gegenüber ihren Kindern. Die ersparen sich zu Hause das Mittagessen, die ersparen sich Kosten, und Sie wollen, dass jetzt der Freistaat Bayern, sprich der Steuerzahler, für alle diese Kosten übernimmt. Das ist quasi eine All-inclusive-Mentalität, die Sie letztendlich haben wollen.

Wir von den FREIEN WÄHLERN hier im Freistaat Bayern haben eine andere Vorstellung davon, wie man verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgeht. Ich möchte es Ihnen vielleicht so beschreiben, dass man in einem Sozialstaat letztendlich denen hilft, die zur Selbsthilfe nicht in der Lage sind, die nicht die Möglichkeiten haben, die unterstützungswürdig sind. Aber es kann auch nicht Sache und Aufgabe eines Staates sein, Kosten für alles und jeden zu übernehmen, quasi vorne alles reinzuschieben und hinten abzuwischen. – Das ist nicht unsere Überzeugung, wie ein Staat funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben glücklicherweise heute in der Haushaltsberatung, bei der Einbringung des Haushalts, die heute Vormittag ja stattgefunden hat, auch gehört, dass wir natürlich nicht mehr in den finanziellen Verhältnissen leben, wie wir sie bisher hatten, dass es enger ist, dass Haushalte auf Kante genäht werden. Das haben Sie heute Vormittag übrigens auch selber erkannt.

Ich glaube, letztendlich ist es auch deshalb wichtig, nicht noch mal neue Ideen zu entwickeln, sodass quasi die Raupe Nimmersatt am Haushalt rumknabbert, sich schön fettfrisst und man darauf wartet, dass irgendwann ein schöner Schmetterling daraus wird. Im Ergebnis ist es ja so: Dieser Schmetterling legt auch wieder Eier, und daraus werden dann in einer Vielzahl von Raupen wieder Kinder.

Letztendlich würde das dazu führen, dass das Anspruchsdenken und die Forderungen zunehmen und nicht das, was wir wollen, dass die Menschen Eigenverantwortung übernehmen, dass die Menschen, gerade auch die Eltern, wenn es um die Ernährung geht, Verantwortung zeigen.

Letztendlich muss man auch sagen: Wir haben die Vorstellung, das durch Bildung, im Unterricht, zu erreichen, so wie es unser Kultusministerium auch betreibt: Wir haben die Projekte, wir haben die Maßnahmen, in die alle Beteiligten einbezogen werden. Wir haben jetzt schon den Erfolg, dass in allen Schulen, dort, wo es möglich ist, gesunde Ernährung in den Schulküchen angeboten wird, in dem Rahmen, wie es dort zu schaffen ist.

Ich bedanke mich in besonderer Weise bei all denen, die dazu beitragen, dass das funktioniert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat die Kollegin Laura Weber von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Laura Weber (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Frühbeißer, Sie haben das falsch verstanden. Mir ging es nicht um den Gesamthaushalt. Es geht jetzt gerade um Ernährung, und im Ernährungsbereich wurden alle Posten gekürzt. Meine erste Frage ist: Wie rechtfertigen Sie das? Zusätzlich ist ja das Ziel, das zum Beispiel auch die Gesundheitsministerin nennt, dass es ganz wichtig ist, auf Prävention zu setzen, gerade natürlich bei Kindern, und das hat auch mit Ernährung zu tun. – Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Mit der Bioquote helfen wir auch der Staatsregierung auf die Sprünge, weil sie bis 2030 30 % Bioanbau in der Landwirtschaft haben will. Haben

Sie eine bessere Idee, die wirklich in den nächsten fünf Jahren die restlichen 17 % schafft? Oder was sagen Sie dazu?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Stefan Frühbeißer (FREIE WÄHLER):** Punkt eins: Sie haben wörtlich ausgeführt – das kann man im Protokoll nachlesen –, dass in allen Bereichen gekürzt worden ist. Sie haben das nicht nur auf den Bereich Ernährung bezogen.

Zum Zweiten, ob ich Ideen habe: Ich habe gerade ausgeführt, dass wir auf einem sehr guten Weg sind, dass hier durch entsprechende Bewusstseinsentwicklung für gesunde Ernährung in den Schulen usw. mit den Beteiligten daran gearbeitet wird. Meine Idee ist die, dass wir uns ganz an den realistischen Verhältnissen orientieren, dass wir gemeinsam die Möglichkeiten nutzen und weiterentwickeln, weil man nicht von heute auf morgen mit irgendwelchen Festsetzungen von Quoten erreicht, dass es eingehalten wird – Sie wollten ja meine Idee dazu hören –, sondern dass wir das gemeinsam mit den Verantwortlichen entwickeln und denen nicht zusätzliche Aufgaben, zusätzliche Zwänge, zusätzliche gesetzliche Regelungen aufzwingen, um die Ziele umzusetzen, die wir erreichen wollen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sondern?)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Herr Kollege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nächste Rednerin ist Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob Wurstsemmel, Schaschlik oder Kartoffelsuppe – der Ministerpräsident zeigt uns jeden Tag auf Social Media, wie wichtig eine ausgewogene Ernährung ist.

(Michael Hofmann (CSU): Die Nächste! Meine Güte!)

Ich frage Sie jetzt: Gilt das auch für unsere Schülerinnen und Schüler?

(Michael Hofmann (CSU): Dass wir jetzt schon auf das Niveau runterkommen, ist schade!)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen ganz klar: Jedes Kind in der Grund- und Förderschule sollte ein kostenloses, warmes Mittagessen bekommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Chancengleichheit bedeutet, dass kein Kind in der Schule hungern muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat Bayern hinkt hier wieder mal hinterher. Frau Kollegin, da müssen wir gar nicht nach Finnland oder Schweden schauen. Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz zeigen uns bereits, und zwar auf Initiative der SPD, wie es gehen kann: Dort gibt es längst ein kostenloses Mittagessen für die Schülerinnen und Schüler.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Mit bayerischen Geldern aus dem Länderfinanzausgleich!)

Genau das fordern wir auch hier in Bayern, und zwar schon seit vielen Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wurde schon gesagt, dass wir kurz vor dem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule stehen. Doch dieser Anspruch darf nicht isoliert betrachtet werden. Ganztagsbetreuung bedeutet einfach mehr als nur längere Betreuung. Sie muss auch soziale und gesundheitliche Verantwortung für unsere Kinder einschließen. Darum gehört zu einem echten, guten Ganztagsplatz zwingend ein kostenloses Mittagessen für alle Kinder in der Grund- und in der Förderschule; denn Bildung endet nicht im Klassenzimmer, sie umfasst auch die gemeinsame Mahlzeit und die Gewissheit, dass jedes Kind gestärkt lernen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich besuche immer wieder Startchancen-Schulen. Für die, die es nicht wissen: Das sind Schulen, die in sozial benachteiligten Gebieten



liegen. Mir wird dort immer wieder von Lehrerinnen und Lehrern berichtet, dass viele Kinder hungrig in der Schule sitzen. Viele Kinder haben keine Brotzeit dabei, und viele können oft aus Hunger am Nachmittag nicht mehr aufmerksam sein.

Hier auch noch mal zum Kostenargument: Ich möchte hier noch mal meinen Vorschlag unterbreiten, den ich beim letzten Mal schon unterbreitet habe. Lasst uns doch an den Startchancen-Schulen beginnen. Der Kollege Frühbeißer hat vorhin davon gesprochen, dass ein Sozialstaat dort helfen muss, wo die Not am größten ist und wo sich die Leute nicht alleine helfen können. Also lasst uns doch beginnen, in den Startchancen-Schulen ein kostenloses Mittagessen einzuführen. Das wäre doch vernünftig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jedes Kind soll satt, gesund und am Nachmittag mit Freude lernen. Da sind wir uns doch wohl alle einig.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir stimmen dem Gesetzesentwurf zu, auch wenn wir Zweifel haben, dass es unbedingt einen Bioanteil von 50 % braucht. Aber regional finden wir auf jeden Fall gut. Wir stimmen also zu. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Alexander Hold:** Danke schön, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt ebenfalls die Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/7776 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Um Frau Kollegin Rasehorn zu zitieren: Aufpassen! – Die SPD-Fraktion stimmt auch zu. Gegen-

stimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD.  
Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.